



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/66 - 19.3.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Hintergründe der Vorgänge in der Sowjetunion	S. 1
Zwischenakt in Brüssel	S. 3
Studentengespräche und Gastvorlesungen - über die Zonengrenze hinweg	S. 5
Zur Selbstauflösung der SPS	S. 6

Chruschtschows Bannstrahl gegen Stalin

PR. Wenn Chruschtschow und seine Freunde, sicher nach einer reiflichen Überlegung, den Weg gewählt haben, die schlimmsten Vorwürfe gegen Stalin nicht schon auf dem Parteikongress in der Art eines Trompetenstosses zu verkünden, sondern den Weg des allmählichen, gelenkten Durchsickerns wählten, so werden sie gewusst haben, weshalb. Vermutlich um die Schockwirkung abzuschwächen, die damit in jedem Fall verbunden sein musste. In diesem Sinne war die Kritik auf dem Kongress selbst, vor allem durch Mikojan, eine wohlüberlegte Vorbereitung auf das, was noch kommen sollte. Das Bemühen, den psychologischen Stoss, der die ganze russische Bevölkerung treffen musste, abzufedern, ist also durchaus begreiflich angesichts der gottähnlichen Position, die Stalin Jahrzehnte hindurch eingenommen hat.

Wie richtig die Überlegungen der neuen Herrn im Kreml waren, haben die Ereignisse in Tiflis gezeigt. Dass die Unruhen sich bisher auf die engere Heimat des vor drei Jahren verstorbenen Diktators beschränkt haben, wo er in besonderer Masse heroisiert und mythologisiert wurde, wird für die ehemaligen Freunde Stalins, die heute nur noch verängstigte Knechte gewesen sein wollen, eine gewisse Beruhigung darstellen, denn wahrscheinlich haben sie mit der Möglichkeit eines viel weiter verbreiteten und tiefergehenden Schocks gerechnet. Aber offenbar glaubten sie, den Schritt in jedem Fall tun zu müssen, obwohl es vielleicht auf den ersten Blick gesehen nähergelegen hätte, zur Vermeidung von Erschütterungen anders zu verfahren, d.h. den Toten ruhen zu lassen und nach ihrer Art neu zu beginnen.

Warum glaubten die Herren im Kreml einen anderen Weg einschlagen zu müssen? Warum wagten sie das nicht ungefährliche Spiel, das ja doch auch - von den innerpolitischen Erwägungen einmal abgesehen - im Westen den Eindruck mangelnder Stabilität des Regimes erwecken konnte, woran den Russen gerade im Rahmen ihrer neuen aussenpolitischen Methoden weniger als je liegen konnte? Eine gültige Antwort kann man natürlich nicht darauf geben. Ist es schon im allgemeinen schwer, Motive für undurchsichtige politische Handlungen mit absoluter Sicherheit zu bestimmen, so trifft das für die Sowjets in besonderer Masse zu. Es -2-

tauchen deshalb auch jetzt, wie nicht anders zu erwarten, zahlreiche Versionen auf. Vermutlich kommt die Überlegung der Wahrheit am nächsten, Chruschtschow, Bulganin und ihr engerer Anhang brauchten gerade um der Honorierung ihres Methodenwechsels, der den Ko-Existenz-Gedanken pflegt und den verträglichen Umgang mit dem Westen, eine von ihnen selbst vor aller Welt deutlich bekannte Distanzierung von den brutalen Methoden Stalins und ein Abrücken von der Intransigenz des Stalinismus. Die jetzigen Enthüllungen wären dann ein besonders wichtiges Stück des Feldzuges der sowjetischen Politiker, um steigende Weltgeltung, nicht nur nach den Maßstab ihrer Macht, sondern auch ihrer moralischen Qualifikation.

Das Risiko, das die russischen Führer mit ihrem nun so verschärften Bekenntnis gegen Stalin und ihrem Tribut an die geschichtliche Wahrheit eingehen, ist sicher nicht gering. Das gilt weit über den russischen Raum hinaus. Dass die Männer um Chruschtschow und Bulganin es auf sich nehmen, ist, so meinen wir, ebenso ein Beweis für die Notwendigkeit, um nichts zu sagen Zwangslage, in den zwischenstaatlichen Beziehungen, also vor allem im Verkehr mit dem Westen, zu stabilen Übereinkünften zu kommen, wie auch für die - tatsächliche oder vermeintliche - Stärke ihre Position, aus der heraus sie sich einen solchen radikalen Entschluss leisten können. Denn dieser Entschluss zerschlägt kurzerhand das Gebäude des Glaubens an Stalin, der bis zu seinem Tode politisch allein selig machte.

In jedem Falle wird eine breite und tiefgehende Diskussion im ganzen Lande in Gang kommen, eine ganz neue Erscheinung nach der Zeit, in der jedes einigermaßen freimütig geführte politische Gespräch von tödlicher Wirkung sein konnte. Sicher ist auch, dass Chruschtschow und seine Leute auf weitere praktische Konsequenzen ihres Kampfes gegen den toten Diktator nicht werden verzichten können. Zum Teil sind solche Schlussfolgerungen schon gezogen oder eingeleitet worden, wobei man an die Auflösung zahlreicher Straflager, die effektiv gezahlten Tariflöhne in den nicht aufgelösten Straflagern, an die Amnestie für Kollaborateure mit Deutschen u.a.m. denken kann. Zum Teil werden sie noch kommen. Auch mag der Wunsch der besserstehenden, heute weitgehend saturierten bürokratischen Schicht mitgesprochen haben, künftig ein Leben in grösserer Sicherheit zu führen, als eines unter der ständigen Drohung einer willkürlichen Verhaftung oder Liquidierung.

Natürlich ist das alles, trotz des revolutionären Charakters in russischer Sicht, weltentfern von einer Änderung des Systems und von dem, was man unter Demokratie in Westen versteht. Die Diktatur ist und bleibt das Prinzip und auch die Praxis der kommunistischen Staatsführung. Und doch ist das, was sich gegenwärtig in der Sowjetunion ereignet, ein unerhört interessanter und wahrscheinlich auch sehr folgenschwerer Vorgang, dessen Auswirkungen für die Zukunft freilich noch ganz im Dunkeln liegen.

In 15 Jahren gemeinsamer Markt ?

pt - , Brüssel

Die Tagung des Montanparlaments, mit viel Pomp unter den Augen der Herrscher des "Römischen Reiches Deutscher Nation" veranstaltet, die den Vordergrund der Wandmalerei des Senats in Brüssel bilden, gab erste Andeutungen von den vielfachen und harten Interessenkämpfen, welche die Integration Europas begleiten werden. Ein misstönendes Präludium kam von ausserhalb. Der belgische Industriellenverband und kolonialfreundliche christlich-soziale Blätter kündeten am Vorabend an, dass das Kongouran belgisches und privates Eigentum sei (der Société Minière de Hautre Katanga) und man nicht zulassen werde, dass irgendeine "supranationale" Behörde darüber verfüge. Die ersten Blätter, welche die angekommenen Delegierten kaufen konnten, brachten die Drohungen der französischen Stahlindustrie, Frankreichs Austritt aus der Montanunion zu verlangen, falls die Bundesrepublik bei den Saarverhandlungen nicht genügend Entgegenkommen bezeuge. Als Drittes kündigte Italien an, keine Bergarbeiter mehr nach Belgien zu schicken, wenn nicht die Sicherheits- und Steuerfragen, über die man seit fünf Jahren verhandelt, geregelt werden.

Die Debatten der Versammlung selbst und die Erklärungen der Fraktionen wurden deutlich von zwei Faktoren beherrscht: von einem Kampf um einen günstigen nationalen Ausgangspunkt und dem Gegensatz zwischen liberalistischer und sozialer Wirtschaftsauffassung. Es zeigte sich, dass nur die Sozialisten, eine Fraktion nüchterner Sachlichkeit, die Brücken schlagen konnten, aber auch sie nur, weil sie die Arbeit der Versammlung auf das umfassendere, wichtigere Problem konzentrierten: die Vereinigung der 160 Millionen Menschen, die in den sechs Montanstaaten leben und ihr Brot verdienen müssen zu einem "gemeinsamen Markt", nicht nur der Waren, sondern auch des Kapitals, der öffentlichen Lasten und Dienste und des Arbeitsplatzes. Eine einheitliche Auffassung über das andere Hauptthema, die Energieversorgung, vor allem die Atomenergie zu erlangen, war unmöglich. Da Mehrheitsbeschlüsse in der "Gemeinsamen Versammlung" nicht üblich sind - die Erfahrungen des verflorenen Völkerbundes, aber auch

gegenwärtiger internationaler Körperschaften zeugen, wie wenig Wert solche haben. - nahm man überhaupt keine Stellungnahme zur Atomfrage an. Was vernünftig war, aus dem Gedankengang heraus, dass die Energiefrage auf jeden Fall einheitlich geregelt werden muss, wenn erst der gemeinsame Markt besteht, was gefährlich werden kann, wenn die beiden grossen Atomkräfte, die USA und die UdSSR versuchen, mit den Staaten der Montanunion einzeln abzuschliessen.

Der grosse Erfolg der Versammlung war die einstimmig - bei einer französischen Enthaltung - angenommene Aufforderung an die Regierungen der Mitgliedstaaten, einen Vertrag über eine stufenweise durchzuführende Zoll- und Wirtschaftsunion abzuschliessen. Die Formulierungen der dementsprechenden Erklärung waren insofern ein Erfolg der Sozialisten, als festgestellt wird, dass dieser gemeinsame Markt sich nicht in einer Liberalisierung der Handelsbeziehungen beschränken darf, sondern auch die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik umfassen muss "zur Gewährleistung des Beschäftigtenstandes und der Ausweitung der gesamten Produktion". Angesichts der Erinnerung an die ursprünglichen Ziele des Schumanplanes und der EWG ist die Vorsicht und Zurückhaltung willkommen zu heissen, mit der in der Erklärung von den unausbleiblichen übernationalen Führungs- und Kontrollorganen die Rede ist. Die wiederholte Betonung, dass dieses "Kleineuropa" nicht autark sein soll, hält die Türen offen für die Zusammenarbeit mit der OEEC und den europäischen Staaten, die nicht zur Montanunion gehören - was nicht zuletzt im Interesse eines wiedervereinigten Deutschlands liegt.

Zweifellos wird ein zäher Kampf zu führen sein um die schliessliche Gestaltung der übernationalen Organe, um ihre demokratische Formung und die Gleichberechtigung der einzelnen Länder. Es wird nicht immer leicht sein, alle Partner davon zu überzeugen - es ist auch in schon bestehenden internationalen Organisationen nicht einfach - da die Bundesrepublik Deutschland nicht als Besiegter eines Weltkrieges, sondern als Industriestaat erster Ordnung mitmacht. Aber auch die grössten Optimisten, z.B. Henri Spaak, rechnen heute mit 12 bis 15 Jahren für die Organisierung des gemeinschaftlichen Marktes. Die jetzt für Ende März angekündigten Gutachten der Messinaausschüsse werden diese Fristen sicher als Mindestlänge bestätigen.

Die unausweichliche Auseinandersetzung

mu, Kiel

Die studentischen Arbeitsgemeinschaften für gesamtdeutsche Beziehungen an der Hamburger und Kieler Universität haben auf dem Gebiet der kritischen Auseinandersetzung mit ihren Kommilitonen in der Sowjetzone in den letzten Jahren gute Erfahrungen gesammelt. Ganz auf sich gestellt haben sie Studenten der Universitäten Rostock, Greifswald und Leipzig eingeladen und sind auch hinübergefahren. Dabei zeigte sich, dass offenbar auf Weisung der FDJ jedesmal besonders zuverlässig geschulte "Funktionärstudenten" nach Westen geschickt wurden; auch nachdem sich die FDJ offiziell zurückgezogen hatte.

Wie sich diese Kontakte im Laufe der Jahre entwickeln können, zeigt sich am Beispiel der zehn Greifswalder Studenten, die sechs Tage in Kiel zu Gast waren und an Vorlesungen, Übungen und Seminaren teilnahmen. Die Begegnungen waren fruchtbar. Die aufgeschlossenen Studenten waren zum Diskutieren bereit. Die "Funktionärstudenten" andererseits bekamen dabei einen Anschauungsunterricht, der sie sicher nachdenklich stimmte, besonders deshalb, weil sie ja spürten, dass ihnen hier freie Diskussionen und keine "Parteilenkung" vorgesetzt wurde.

Es gelang sogar den Greifswaldern Bücher und Zeitschriften - möglichst unpolitisch - in beliebigen Mengen hinüberzusenden. Dabei verpflichtete sich die Arbeitsgemeinschaft in Kiel, ähnliches Material auch für die eigenen Mitglieder entgegenzunehmen. Die von Kiel aus geschickten Bücher kamen drüben dann auch in die Hände der Empfänger. Das menschliche Verhältnis wurde ausserdem durch Paketgeschenke verstärkt.

Diese gegenseitigen Besuche versuchen die Staatsfunktionäre der Zone natürlich für sich auszunutzen. Anlässlich des letzten Besuches hatte die Leipziger juristische Fakultät ältere Studenten geschickt. Sie waren ausgesprochen linientreu. Diesen Studenten konnten nur jene in der Diskussion gegenübertreten, die sich selbst mit den Grundlagen des Marxismus - Leninismus befasst hatten. Die Kieler Studenten bereiteten sich also in ihrem Arbeitskreis darauf vor, und zwar nicht zuletzt deshalb, um die menschlichen Beziehungen zwischen ihnen und

drüben dennoch aufrechterhalten zu können.

Die Besuche westdeutscher Wissenschaftler zu Gastvorlesungen an den Universitäten der Zone haben sich ebenfalls als gutes Mittel zur Bildung menschlicher Kontakte herausgestellt. Die Hörsäle drüben waren überfüllt, wie die zurückgekehrten Professoren zu berichten wissen. Dabei steht natürlich das Vermitteln wissenschaftlichen Wissens und der gegenseitige Erfahrungsaustausch im Vordergrund. Man kommt aber auch bei Fachgesprächen mit den Kollegen in der Zone nicht auf den Kern, wenn man nicht das ideologische Beiwerk durchstoßen kann. Es hat sich in der Tat bewiesen, dass jene Wissenschaftler aus Westdeutschland in der Zone am wirksamsten waren, die sich in den Grundlagen des dialektischen Materialismus auskannten.

Wesentlich an den Gesprächen die in den politischen Bereich hineingeraten, scheint zu sein, dass der westdeutsche Partner von sich aus auch "angriffslustig" wird. Dafür kann der Arbeiter eines Kieler Betriebes als Beispiel gelten. Nachdem ihn ein "Funktionärstudent" in ein politisches Gespräch verwickelt hatte, fragte der Arbeiter, wie es denn drüben mit der Forderung nach der 40-Stundenwoche aussieht. Der antwortete: "Wir müssen unsere Wirtschaft nach dem verlorenen Krieg erst wieder aufbauen und deshalb wird die 40-Stundenwoche bei uns nicht diskutiert". Darauf konterte der Arbeiter: "Mit genau den gleichen Argumenten wie eure Parteifunktionäre sind bei uns viele Unternehmer gegen die 40-Stundenwoche, nur dass man bei euch nicht einmal darüber diskutieren darf".

+ + +

Die Einheit wieder hergestellt

sp.- Seit dem letzten Sonntag gibt es im Saarland wieder eine einheitliche deutsche Sozialdemokratie. Ein ausserordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes (SPS) hat in Sulzbach mit 228 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen die Selbstauflösung beschlossen und den Mitgliedern empfohlen, dem Landesverband der

SPD-Saar beizutreten. Damit fand ein unerfreuliches, nur aus den Wirren des Zusammenbruchs und der Nachkriegszeit zu erklärendes Kapitel seinen Abschluss. Die Brücke, auf der sich beide sozialdemokratische Gruppen trafen, waren das Programm und die Statuten der SPD; damit ist jeder Prinzipienstreit und jeder Streit um die Vergangenheit ausgeschaltet und der gemeinsame Kampf aller demokratischen Sozialisten um die Durchsetzung ihrer Forderungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich gewährleistet.

Den entscheidenden Auftrieb für die Bildung einer einheitlichen Sozialdemokratie an der Saar gab die Volksabstimmung am 23. Oktober vorigen Jahres. Sie brachte ein überwältigendes Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Mutterland. Für alle der Zukunft zugewandten Kräfte war dies ein verpflichtender Auftrag, ihrerseits die Voraussetzungen für die Liquidierung der Vergangenheit zu schaffen. Für die deutsche Sozialdemokratie bildet der Beschluss von Sulzbach ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte, denn durch ihre Politik und ihre gesamtdeutsche Zielsatzung bereitete sie politisch und psychologisch den Boden vor, auf dem sich die sozialistischen Kräfte an der Saar zu neuen Aufgaben und mit dem Blick auf die Zukunft gerichtet, begegnen konnten.

Am gleichen Tage, da sich in Sulzbach die demokratischen Sozialisten an der Saar, alles Trennende beiseiteschiebend, zu einer einheitlichen Kraft zusammenschlossen, tagte in St. Ingbert der erste Kongress des DGB-Saar. Im Zuge der Angleichung an die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland war die Bildung von unabhängigen Gewerkschaften unerlässlich. Die Führung der früheren Einheitsgewerkschaft und der christlichen Gewerkschaften standen allzu oft unter dem Einfluss der französischen Besatzungsmacht, sie betrachteten sich mehr als Exekutivorgan Hoffmanns und Grandvals als eine freie Interessenvertretung aller Schaffenden. Innerhalb kurzer Zeit bildete sich der DGB-Saar mit etwa 70 000 Mitgliedern und mit Männern an der Spitze, die in den vergangenen Jahren wohl bewiesen haben, dass sie von Vertrauen ihrer Mitglieder getragen sind. Die Bildung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Front geht allerdings nicht reibungslos vor sich, mächtige Einflüsse sind am Werke, um die Splittergruppe der sogenannten "Christlichen Gewerkschaften" künstlich am Leben zu

erhalten.

Diese Gruppe ist ein Werk der ehemaligen Besatzungsmacht, die damals darauf bedacht war, einheitliche Gewerkschaften nicht entstehen zu lassen. Über vielseitige Kanäle, die nach Paris und Essen, den Sitz der "christlichen" Spaltergewerkschaft führen, wird nun versucht, den Zusammenschluss aller gewerkschaftlich organisierten Kräfte zu vereiteln und ein Überbleibsel aus der Besatzungszeit bestehen zu lassen, das durch den 23. Oktober jede Existenzberechtigung verloren hat. Offenbar hoffen die Even und Winkelheide, nun über die Splittergruppen an der Saar ihrer eigenen, lebensunfähigen Schöpfung neuen Odem einzukauchen.

+ + +

Baumkuchen - Pädagogie

Folgendes Hörtörchen ist verbürgt und geschah zufällig in einer höheren Lehranstalt in Nordrhein-Westfalen. Es hätte sich genau so in jedem beliebigen anderen Ort abspielen können, weil es sich leider um keinen Einzelfall, sondern um eine Zeitunart handelt. Der neue Ordinarius einer Untertertia betrat eines Morgens seine Klasse und fand sein Katheder in ein üppiges Blumenarrangement verwandelt. In schöner Diskretion waren unter lieblich duftenden Blütendoläen allerhand Erfreulichkeiten verborgen: ein Baumkuchen, Schallplatten, ein Presskort mit Gänsecrust und sonstigem, Textilien ect.

Was das sollte? Nichts weiter, der Lehrer hatte Geburtstag, die Jungens hatten das herausgekriegt, die Versetzung stand unmittelbar bevor. Das war alles. Der Lehrer war starr, er hatte so etwas noch nicht erlebt und wollte es auch nicht wieder erleben. Er bat seine Schüler "das Zeug" unverzüglich wegzupacken. Sein Vorgänger hatte es nicht weg-, sondern einpacken lassen. Er kannte seine Pappenheimer und sie ihn, und darum war ja auch der Nachfolger gekommen. - Denn es sollte sich nicht folgendes wiederholen: dass ein Assessor die Prominenz aus der Geschäftswelt der Stadt in spendable Mäzene verwandelt, indem er deren Nachwuchs nach einem recht raffinierten Verfahren zu Kontaktpersonchen + nach den blauen Briefen, die eine Versetzung zu Ostern als problematisch avisierten, erfolgte der persönliche Besuch "zwecks Beratung" der betroffenen Eltern mit anschließender Spendenverteilung für den nächsten Schulausflug ins benachbarte Engadin oder Paris. Zum Geburtstag des rührigen Baumkuchen-Pädagogen gab es dann solche Szenen, wie sie seinen Nachfolger verdrossen.

Man kann nicht weit genug vom leichtfertigen Schluss abrücken, die Lehrerschaft in der Bundesrepublik sei für solche "Freundlichkeiten" anfällig. Sie verdient nur sehr wenig Geld, und manche der Eltern ihrer Schüler verdienen unverhältnismässig viel mehr. So entsteht ein gefährliches Gefälle. Die Skrupellosigkeit möchte man eher auf Seiten der Versucher vermuten, deren nicht nur der wirtschaftliche Erfolg, sondern auch die Bildungsfassade alles bedeutet. Sollten Leute dieser Art bis jetzt noch nicht gemerkt haben, dass man nicht alles "koofen" oder "kompensieren" kann, so wird es Zeit, dass sie es an ihren eigenen Zöglingen erkennen.

+ macht.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau